

KURZ UND PRÄGNANT

Theater-Einladung

Am Dienstag, den 4. Juni, lädt die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag alle Interessierten in die Lobby des Landtags nach Erfurt ein. Ab 10 Uhr ist das Theaterprojekt der Dombergschule mit Unterstützung des Gottfried-Herder-Gymnasiums aus Suhl und seinem Stück „4-Farbenland“ zu sehen, bei dem beeinträchtigte und nicht beeinträchtigte Kinder zusammen auf der Bühne stehen. Im Anschluss daran gibt es einen Erfahrungsaustausch zwischen Schule, Politik und Interessierten unter dem Motto: Wie kann eine inklusive Schule funktionieren? Beginn 9.30 Uhr (Beginn des Stückes 10.00 Uhr; Dauer ca. 60 Minuten, anschließend das Gespräch). ■

Nicht Kaputtsparen

Zu den Ergebnissen der regionalisierten Steuerschätzung für Thüringen erklärte der Finanzpolitiker der Linksfraktion Mike Huster: „Die marginalen Änderungen der Einnahmeprognosen für dieses und nächstes Jahr bedeuten auch vor dem Hintergrund konjunktureller Eintrübungen, dass die haushalts- und finanzpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre zu meistern sind und gleichzeitig ein Gestaltungsspielraum besteht.“

Die Prognosen weisen allerdings auch auf die seit langem bestehende Finanzierungslücke in den öffentlichen Haushalten infolge verfehlter Steuerpolitik hin. Für den Abbau der Staatsschulden seien im Bund und in den Ländern strukturelle Überschüsse nötig, die vor allem über eine gerechtere Steuerpolitik im Bund und damit die Einnahmeseite realisiert werden müssten. „Konsolidierung des Landeshaushalts in Thüringen kann nicht durch Kaputtsparen der Thüringer Kommunen und das drastische Kürzen der Investitionen erfolgen.“ ■

Weiterso in Behindertenpolitik kostet mehr

Livestream-Diskussion zum Thema „Inklusion als gesellschaftliches Prinzip“

Nicht nur, dass die Diskussion zum Thema „Inklusion als gesellschaftliches Prinzip“ per Livestream im Internet - eingebettet in die Startseite der Homepage www.die-linke-thl.de - übertragen wurde, an der Fraktionssitzung am 8. Mai hatten auch eine ganze Reihe von Gästen aus Behindertenverbänden teilgenommen.

Der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow und der Inklusionspolitische Sprecher Maik Nothnagel konnten u.a. begrüßen den Landesvorsitzenden des Blinden- und Sehbehindertenverbandes, Joachim Leibiger, das Vorstandsmitglied des Verbandes der Thüringer Hörgeschädigten, Jens Elschner, sowie Behinderten-Vertreter aus dem Kreis Schmalkalden-Meiningen und vom Bundesverband behinderter Eltern.

Bodo Ramelow verwies eingangs auf das von der LINKEN jetzt erneut im Landtag eingebrachte Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung. Was in anderen europäischen Ländern

Zunächst referierte Dinah Radtke (s. Foto), seit ihrer Erkrankung an Spinaler Muskelatrophie Rollstuhlfahrerin. Sie gehört zu den Gründern des Zentrums für Selbstbestimmtes Leben Behinderter (ZSL) in Erlangen, war Mitbegründerin der bundesweiten Dachorganisation Interessenvertretung Selbstbestimmtes Leben e.V. (ISL) und hat als Mitglied der internationalen Behindertenrechtsorganisation Disabled Peoples' International (DPI), deren Vizepräsidentin sie lange Jahre war, an den Verhandlungen über die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen teilgenommen.

Dinah Radtke erläuterte die Konvention, die eine Abkehr von der Behindertenpolitik der Defizite und der Fürsorge hin zur Selbstbestimmung verlangt. Dabei ging sie näher auf die Komplexe Barrierefreiheit („ohne Barrierefreiheit wird es keine Inklusion geben“), Abbau von Vorurteilen, Verhinderung von Isolation ein und betonte die damit einhergehende Bereicherung des gesellschaftlichen Miteinanders. Wieviel hier

wurde die Ausgleichsabgabe angesprochen und die Frage aufgeworfen, ob das System nicht umgekehrt werden müsste: Statt der Bestrafung von Unternehmen (Zahlung einer Abgabe bei Nichtbeschäftigung von behinderten Menschen) wäre doch eine Belohnung sinnvoller, so wie das in anderen Ländern praktiziert wird.



Dann ging es um die Inklusion in der Bildung. „Was bis ans Ende der Kita gut läuft, bricht dann abrupt ab. Da muss sich noch viel ändern“, hieß es mit Blick auf die Rahmenbedingungen für ein inklusives Schulsystem. Aber wenn Förderschulen vorerst noch gebraucht werden, warum sollte man sie nicht auch für nicht behinderte Kinder öffnen, gab Frau Radtke zu bedenken. Weitere Probleme, die diskutiert wurden: Rentenanwartschaften (oft nicht möglich, da Bezahlung in Werkstätten ohne oder nur mit geringen Rentenbeiträgen einhergeht); Pflegenotstand (behinderte Menschen bekommen nicht in ausreichendem Maße Assistenzleistungen); Regelungen zur Barrierefreiheit in der Thüringer Bauordnung (Sanktionen notwendig für die Nichteinhaltung gesetzlicher Vorgaben).

Thema der nächsten Fraktionsdiskussion, die per Livestream am 5. Juni übertragen wird, ist die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. ■



Normalität sei, dafür wurden die Abgeordneten der Linksfraktion in der Debatte gescholten und „als Gutmenschen beschimpft“. Der Gesetzentwurf wurde nicht einmal zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Dabei „kostet uns ein Weiterso in der Politik vielmehr – das Engagement und Mittun von Menschen mit Behinderung“.

noch zu tun bleibt, macht vor allem auch die Arbeitssituation von Schwerbehinderten in Deutschland deutlich. „Sie sind fast doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Nichtbehinderte, dabei haben es Frauen besonders schwer“, sagte Dinah Radtke.

In der anschließenden Diskussion mit den Abgeordneten in der Fraktion

Solidarität mit den Einzelhandels-Beschäftigten

Zu den Protesten für die Wiederherstellung des Manteltarifvertrages und für angemessene Löhne im Einzelhandel (Foto von der Aktion am 16. Mai in Erfurt unter dem Motto „Wir wollen so gern ans Mittelmeer... doch haben keine Mittel mehr“) erklärte MdL Ina Leukfeld: „Auch Verkäuferinnen und Verkäufer verdienen Gute Arbeit und existenzsichernde Löhne. Die angekündigte Modernisierung des Manteltarifvertrags durch die Arbeitgeberseite weist aber genau in die andere Richtung. DIE LINKE lehnt dies ab und versichert den Beschäftigten im Einzelhandel unsere Solidarität und aktive Unterstützung.“ Am 24. Januar hatten die Arbeitgeberverbände ohne jede Ankündigung den bundesweiten Man-

teltarifvertrag im Einzelhandel gekündigt, weil dieser überholt sei. „Überholt sind aus Sicht der Arbeitgeber offensichtlich feste und reguläre Arbeitszeiten und -verhältnisse, Zuschläge bei Spät- und Nachtschicht und vernünftige Ausgleichsmechanismen für Freizeit und Erholung.“

Stattdessen wollen sie eine weitere Flexibilisierung der Branche, um noch länger und zugleich billiger öffnen zu können.“ Die Abgeordnete erinnerte auch an die Klage zweier Möbelhäuser gegen die Begrenzung der Samstagsarbeit, welche derselben Philosophie folgt. „Dieser Weg der Flexibilisierung und Deregulierung ist jedoch eine Sackgasse, die den Be-



schäftigten schadet, um Profite weiter in die Höhe zu treiben.“ DIE LINKE unterstützt neben der Forderung nach der Reaktivierung des Manteltarifvertrages auch die Lohnforderung der Gewerkschaft Ver.di nach einem Euro mehr pro Arbeitsstunde. Die Beschäf-

tigten des Handels in Thüringen verdienen nach dem IAB-Betriebspanel 2011 nur 77 Prozent des westdeutschen Durchschnittslohnes in derselben Branche. „Jeder weiß, dass der Einzelhandel ein klassisches Beispiel für Niedriglöhne und Aufstocken mit Hartz IV ist. Dies liegt nicht nur an der hohen Teilzeit- und Minijob-Quote. So sind 19 Prozent aller Thüringer Minijobs im Handel vorzufinden, wie das Wirtschaftsministerium vor kurzem auf Antrag der LINKEN berichten musste.“

„Ein Plus von einem Euro ist das Mindeste in der Niedriglohnbranche Einzelhandel und noch weit von einem existenzsichernden Lohn für die meisten Beschäftigten entfernt. Auch deswegen wollen wir weiterhin einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro die Stunde“, forderte die Arbeitsmarktpolitikerin. ■